



Nächste Sitzung
Mittwoch, 31. März 2004 1824

Beginn: 13.56 Uhr

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 34. Sitzung des Landtages. Die Fraktionen der PDS und SPD haben gemäß Paragraph 72 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung diese Dringlichkeits-sitzung beantragt. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die vorläufige Tagesordnung der 34. Sitzung liegt Ihnen vor. Wird der vorläufigen Tagesordnung widersprochen? – Ich sehe und höre keinen Widerspruch, das ist also nicht der Fall. Damit gilt die Tagesordnung der 34. Sitzung gemäß Paragraph 73 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung als festgestellt.

Ich rufe auf den **einzigen Tagesordnungspunkt**: Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Fraktionen der PDS und SPD – Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 4/971, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses, Drucksache 4/1077, einschließlich der Ergänzung zum Bericht, Drucksache 4/1090.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS auf Drucksache 4/1088 vor sowie ein Antrag zur Entschließung auf Drucksache 4/1089.

Gesetzentwurf der Fraktionen der PDS und SPD:

Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)
– **Drucksache 4/971** –

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses
– **Drucksache 4/1077** –

Ergänzung zu dem Bericht
– **Drucksache 4/1090** –

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS
– **Drucksache 4/1088** –

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU
– **Drucksache 4/1089** –

Das Wort zur Berichterstattung wird nicht gewünscht.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Schulte von der Fraktion der SPD.

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Ihnen heute zur Abstimmung vorliegende Änderungsgesetz zum Sparkassengesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern hat in den letzten Tagen schon seine erste Wirkung gezeigt, indem sich in Stralsund die Bürgerschaft bereits entsprechend positioniert hat und auf die bisher beabsichtigte Zerschlagung der Sparkasse Stralsund nun doch noch verzichten will.

Im Rahmen der Debatten – und das ist das Erfreuliche an der ganzen Angelegenheit – wurde durch alle Landtagsfraktionen deutlich gemacht, dass weitestgehend

Konsens im Hinblick auf das Sparkassenwesen insgesamt in diesem Land besteht. Die einheimischen Sparkassen verfügen über eine feste Verwurzelung und wie ich das eben schon angesprochen habe, wurde das letztendlich in Stralsund durch die Reaktion der Bürgerinnen und Bürger auch Partei übergreifend deutlich gemacht. Letztendlich ist klar geworden, dass die politische Zielsetzung, die hier durch den Änderungsentwurf, den die Koalitionsfraktionen eingebracht haben, verkörpert wurde, und die Zielsetzung der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land in die gleiche Richtung gegangen sind und dass Politik durchaus auch in der heutigen Zeit Ausdruck des gemeinsamen Willens aller Menschen in einem Land sein kann.

Für die SPD-Fraktion war es in diesem Zusammenhang wichtig, noch einmal deutlich zu machen, dass die Sparkassen auch zukünftig integraler Bestandteil der Kreditwirtschaft in diesem Land sind und, was genauso wichtig ist, dass die Sparkassen auch in Zukunft Recht und Verpflichtung haben, entsprechend ihrem öffentlichen Auftrag, wie er sich in Paragraph 2 Absatz 1 Sparkassengesetz wiederfindet, für die ausreichende Versorgung aller Bevölkerungskreise sowie des Mittelstandes mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen zu sorgen, diese zu gewährleisten. Das gilt insbesondere für eine Gewährleistung dieses Auftrages in der Fläche. Und da ist letztendlich auch die Bedeutung der Sparkassen zu finden. Sie sind diejenigen Kreditinstitute, die über den regionalen Bezug innerhalb eines Landes verfügen und sich gerade dadurch von bundesweit tätigen Banken doch wirklich essentiell unterscheiden.

Für die SPD-Fraktion war im Rahmen der gesamten Diskussion über die Änderung des Sparkassengesetzes weiterhin wichtig, dass auf der anderen Seite die Eigenverantwortung der Träger durch das Sparkassenänderungsgesetz noch einmal in den Vordergrund gestellt und deutlich gemacht wird, dass diejenigen, die vor Ort letztendlich mit dem Rückhalt ihrer Bürgerinnen und Bürger, ihrer Wähler, in die Verantwortung gewählt worden sind, auch dafür Sorge tragen müssen, dass das dortige Sparkasseninstitut für ihre Bürgerinnen und Bürger weiter tätig werden muss. Wir haben dabei natürlich auch das Problem gesehen – das hat sich ja nun gerade am Beispiel der Stadtsparkasse Stralsund gezeigt –, dass auf der anderen Seite der Landesgesetzgeber die Verantwortung dafür trägt, dass die Eigenverantwortung verantwortungsbewusst wahrgenommen werden muss, und dass der Landesgesetzgeber dafür die Verantwortung trägt, dass vor Ort die Verantwortung, die dem Träger eingeräumt worden ist, tatsächlich nicht missbraucht wird.

Und der letzte Punkt, auf den es uns, den Koalitionsfraktionen – ich darf das, glaube ich, auch für die PDS-Fraktion sagen – ankam, war, deutlich zu machen, dass einer Vereinigung von Sparkassen grundsätzlich der Vorzug zu geben ist vor einer Auflösung. Ich denke mir, auch das ist letztendlich nur eine Konkretisierung des Gesetzgebungswillens und des gesetzgeberischen Willens, der auch früher hier im Land schon deutlich gemacht worden ist, auch wenn er sich bisher im Sparkassengesetz nicht so wiedergefunden hat.

Im Rahmen der Anhörung, die der Finanzausschuss durchgeführt hat, wurde noch einmal deutlich, in welchem Spannungsverhältnis sich die Sparkassen hier in diesem Land bewegen. Das ist auch gar nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, wie groß die Bandbreite derjenigen war, die an der Anhörung beteiligt waren, angefangen

vom Ostdeutschen Sparkassen- und Giroverband über den Landkreistag, den Städte- und Gemeindetag bis hin zum Bundesverband deutscher Banken.

Im Ergebnis der Anhörung – und ich denke mir, dafür sind Anhörungen letztendlich auch da – haben die Koalitionsfraktionen noch einmal ihren Gesetzentwurf überarbeitet. Von uns war von Anfang beabsichtigt – und das war dann ja auch unsere Auffassung und, ich hoffe, dann auch nach der Auffassung der Mehrheit hier, und ist vielleicht allen Parteien in diesem Haus deutlich geworden –, dass insgesamt vier Punkte herausgearbeitet werden sollten:

Der erste Punkt war, darauf komme ich später noch einmal zurück, die Stärkung der kommunalen Eigenverantwortung in der ursprünglich beabsichtigten Neufassung des Paragraphen 28 Absatz 1. Grundsätzlich sollten die Träger selber entscheiden dürfen, ob eine Vereinigung mit benachbarten oder nicht benachbarten Sparkassen durchgeführt werden sollte. Hintergrund der Überlegung war – das ist ja vielleicht auch gar nicht so fernliegend –, dass diejenigen, die vor Ort entscheiden, wie das Sparkassenwesen in seinem Bestand gesichert werden soll, am besten nachvollziehen können, mit welchem anderen Träger, mit welcher anderen Sparkasse das gemacht werden kann.

Der zweite Punkt, auf den es gerade auch den kommunalen Spitzenverbänden ankam und der gerne von den Fraktionen der SPD und PDS aufgenommen wurde, war die Konkretisierung des Merkmals der fehlenden Leistungsfähigkeit in Paragraph 28 Absatz 4. Ich denke, wir haben damit jetzt eine sinnvolle Vorschrift, einen sinnvollen Weg gefunden, indem durch Verweis auf das Kreditwesengesetz und das HGB noch einmal deutlich gemacht wurde, dass die fehlende Leistungsfähigkeit kein Merkmal ist, das in das Belieben der Sparkassenaufsichtsbehörde gestellt ist, sondern hier noch einmal eine Konkretisierung durch den Verweis stattgefunden hat, der gerade für die Träger, für die Sparkassen ein Mehr auch an Rechtssicherheit mit sich bringt.

Im Zusammenhang damit steht die Neufassung des Paragraphen 28 Absatz 5, so, wie die SPD-Fraktion es sich vorstellt, der Verzicht auf die Fristsetzung für eine zwangsweise Vereinigung, wenn die Verantwortung durch die Träger vor Ort gerade nicht wahrgenommen worden ist und eine Vernichtung des Eigenkapitals von 25 Prozent der Sparkasse vorliegt. Zielrichtung dieser Änderung ist es, ein rechtzeitiges Eingreifen der Sparkassenaufsichtsbehörde bei Nichttätigwerden der Träger im Interesse der Sparkassen und der Kunden zu gewährleisten. Es darf gerade nicht dazu kommen, dass die Sparkassenaufsichtsbehörde solange warten muss, bis diejenigen, die eigentlich die Verantwortung vor Ort zu tragen haben, die Sparkasse in den Ruin getrieben haben. Die Träger sollen weder fahrlässig, erst recht nicht vorsätzlich den Bestand einer Sparkasse gefährden dürfen. Und ich denke mir, gerade auch im Zusammenhang mit der Sparkasse Stralsund ist die Gefahr deutlich geworden, dass vielleicht ein politisch motiviertes Tätigwerden dazu führen kann, dass eine Sparkasse in ihrem Bestand gefährdet wird.

Der dritte Punkt in dem Zusammenhang wird deutlich gemacht durch den vorliegenden Änderungsentwurf, dass hier der Vorrang einer Vereinigung von benachbarten vor nicht benachbarten Sparkassen bei einer zwangsweisen Vereinigung selbstverständlich vorliegen sollte. Das

war die Überlegung, die bestand, freiwilliges Tätigwerden auf der einen Seite, freiwillige Vereinigung, Entscheidungskompetenz bei den Trägern vor Ort, zwangsweise Vereinigung durch die Sparkassenaufsichtsbehörde, selbstverständlich dann Sicherung des Regionalprinzips durch den Vorrang der Vereinigung von benachbarten gegenüber den nicht benachbarten Sparkassen.

Der vierte Punkt in dem Zusammenhang ist die beabsichtigte Neufassung des Paragraphen 28 Absatz 6. Hier wird tatsächlich das festgeschrieben, was, ich denke mir, alle gewollt haben, dass eine Auflösung von Sparkassen nur dann möglich ist, wenn eine Vereinigung, ob freiwillig oder zwangsweise, tatsächlich nicht in Betracht kommt. Sinn und Zweck der Vorschrift ist es, die Veräußerung von Vermögenswerten außerhalb des laufenden Sparkassenbetriebes nur nach Genehmigung der Auflösung durch die Sparkassenaufsichtsbehörde zu ermöglichen, auch das vor dem Hintergrund, um das ganz deutlich zu sagen, um eventuellen Missbräuchen vor Ort einen Riegel vorzuschieben. Das sind alles Überlegungen gewesen, die so, das hat sich aus den Gesprächen, die gerade mit den Vertretern der kommunalen Spitzenverbände sowohl des Landkreistages als auch des Städte- und Gemeindetages geführt wurden, gerade von diesen intensiv begleitet und im Ergebnis voll unterstützt wurden.

(Vizepräsident Andreas Bluhm
übernimmt den Vorsitz.)

In dem Zusammenhang muss man natürlich auch offen sagen, wo Kritik, Kritik ist vielleicht nicht der richtige Ausdruck, aber eine inhaltliche Differenz noch vorhanden war, war die ursprünglich beabsichtigte Neufassung des Paragraphen 28 Absatz 1.

Nach intensiven Gesprächen mit den Vertretern der kommunalen Spitzenverbände wird die SPD-Fraktion – und das ist Intention des hier vorliegenden interfraktionellen Antrages von PDS, CDU und SPD – nunmehr auf eine Änderung des Paragraphen 28 Absatz 1 verzichten, da es die kommunalen Spitzenverbände waren, die befürchteten, dass das Regionalprinzip möglicherweise durch Träger bei einer freiwilligen Vereinigung nicht hinreichend berücksichtigt würde. Das ist eine Befürchtung, die aus Sicht der SPD-Fraktion zwar nicht von der Hand zu weisen ist, die, wenn man aber ein verantwortungsbewusstes Handeln der Entscheidungsträger vor Ort zugrunde legt, wahrscheinlich relativ gering ist. Aber – und das muss man auch ganz deutlich in diesem Zusammenhang sagen – der zumindest bei einigen von uns in den letzten Wochen und Monaten entstandene Eindruck ist, wenn nicht immer alle Entscheidungsträger vor Ort in dem Bewusstsein über die Konsequenzen ihres Handelns tätig werden, kann man natürlich die Einwände gerade der Vertreter der kommunalen Spitzenverbände nicht von der Hand weisen. Und wenn diejenigen, die letztendlich als Interessenvertreter gerade der kommunalen Selbstverwaltung auf dem Standpunkt stehen, dass an einem einzelnen Punkt die Entscheidungsfreiheit doch etwas abgestuft werden sollte, dann wird sich die SPD-Fraktion – ich hoffe, ich gehe auch davon aus aufgrund des interfraktionellen Antrages, auch dieses Haus – diesen Bedenken nicht entziehen. Ich bitte Sie daher, dem vorliegenden Änderungsantrag zum ursprünglichen Gesetzesentwurf Ihre Zustimmung zu geben, einschließlich des interfraktionellen Antrages.

(Zuruf aus dem Plenum: Und Ergänzung!)

Ich möchte zum Schluss noch einen Satz zu dem hier vorliegenden Entschließungsantrag der CDU-Fraktion sagen. Ich möchte jetzt weniger auf inhaltliche Punkte eingehen, wobei man natürlich sagen kann, die Situationsbeschreibung, die dem Entschließungsantrag zugrunde gelegt wird, ist zumindest diskussionswürdig.

(Wolfgang Riemann, CDU: Dann müssen Sie es in den Finanzausschuss überweisen!)

Warten Sie es ab, Herr Riemann!

Wo wir ernsthafte inhaltliche Probleme haben, ist natürlich schon die weitgehende Spezifizierung, die sich im Rahmen der Aufforderung, die in diesem Antrag enthalten ist, deutlich macht. Inwieweit tatsächlich schon in dem ganzen Zusammenhang dargelegt werden soll, ob zum Beispiel Private, in welcher Form auch immer, sich in Sparkassen mit bis zu 49 Prozent beteiligen sollen, ist, glaube ich, ein Punkt, der auch innerhalb der Fraktion noch einer tiefer gehenden und weiter gehenden Diskussion bedarf. Es stellt sich da die Frage, ob nicht im Endeffekt gerade das, was wir eigentlich mit der Änderung des Sparkassengesetzes verhindern wollten, nämlich dass Private wesentlichen Einfluss auf die Kreditwirtschaft über die bestehenden Maßnahmen hinaus insbesondere auf das Sparkassenwesen in diesem Land erhalten, nicht durch die Hintertür damit wieder erreichen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Aber in Rheinland-Pfalz ist das möglich.)

Herr Riemann, lassen Sie mich doch mal ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Sozialdemokratisch regiert! – Angelika Gramkow, PDS: Wir sind aber nicht Rheinland-Pfalz!)

Herr Riemann, ich bin ja gerne bereit, auf Ihre Zwischenrufe einzugehen, aber dann, denke ich mir – ich weiß nicht, welcher Kollege das heute Morgen war, der die Qualität der Zwischenrufe ansprach –, gehen wir darauf auch wieder ein. Es ist mir im Endeffekt völlig egal, was andere Landesregierungen machen, denn ich bin von den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land gewählt worden. Das habe ich gestern so gesagt und das sehe ich auch heute so.

(Wolfgang Riemann, CDU: Aber man wird alt wie 'ne Kuh und lernt immer noch dazu! – Heinz Müller, SPD: Mancher ja, mancher nein. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Herr Riemann, es freut mich, dass Sie die Hoffnung nicht aufgeben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Wolfgang Riemann, CDU: Eben! Eben!)

Wenn Sie mich jetzt nicht dauernd unterbrechen würden, käme ich vielleicht zu dem eigentlich entscheidenden Punkt.

Es sind nicht einmal die inhaltlichen Überlegungen, die hier im Vordergrund stehen, es ist vielmehr ein formaler Aspekt. Sie bringen einen Entschließungsantrag zu einer Beschlussempfehlung ein. Und jetzt unterstelle ich einmal, dass Sie nicht vorhaben, mit dem Entschließungsantrag letztendlich die gesamte Beschlussempfehlung zu kippen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Nein!)

Aber wenn man das in letzter Konsequenz durchdenkt, dann wäre es eigentlich sinnvoll, nicht nur den Entschließungsantrag an den Finanzausschuss zu überweisen zur weiteren Beratung, sondern dann müsste man überlegen, ob man nicht konsequenterweise die ganze Beschlussempfehlung wieder an den Finanzausschuss überweist.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU: Haben Sie keinen besseren Dreh gefunden?!)

Herr Rehberg, Sie sehen das vielleicht anders, aber ich will jetzt nicht ...

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ein bisschen kreativer hätte ich Sie eingeschätzt.)

Herr Rehberg, wenn ich ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Er sucht kreativ nach Ausreden, um ablehnen zu können.)

Herr Rehberg, einen Dreh finden, das brauche ich nicht. Da bräuchte ich einfach nur zu sagen, ich stimme dem nicht zu.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ja.)

Ich glaube schon, dass Sie mir zutrauen, dass ich so viel Rückgrat habe, das hier zu sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Also wenn ich das gegenüber meiner eigenen Fraktion vertreten kann, dann kann ich das Ihrer Fraktion gegenüber allemal vertreten.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Aber der springende Punkt ist wirklich der –

(Rudolf Borchert, SPD: Er hat leider nicht verstanden, warum wir das so machen.)

Ich will Ihnen jetzt nicht unterstellen, dass Sie einen Dreh gefunden haben –, möglicherweise die ganze Angelegenheit noch einmal in den Finanzausschuss zu überweisen oder aber, weil wir das in der Kürze der Zeit gar nicht abschließend rechtlich bewerten können,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nö.)

Ihnen zu unterstellen, Sie wollen vielleicht die Beschlussfassung über das Sparkassenänderungsgesetz mit einem rechtlichen Makel behaften, um da vielleicht irgendwelchen Parteifreunden im Osten dieses Landes, ich unterstelle das jetzt nicht, ich sage das nur einmal als Überlegung,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Oh, nein!)

eine Möglichkeit zu eröffnen, nun doch noch in die Privatisierung der Sparkasse zu gehen. Und weil wir das nicht wollen und ich unterstelle, dass Sie das auch nicht wollen, ...

(Rudolf Borchert, SPD: Richtig.)

Ich mache hier keine böartigen Unterstellungen. Ich glaube, dass Sie das nicht wollen. Ich gehe doch einfach davon aus, dass wir diesen Entschließungsantrag aus der reinen Überlegung zur Sicherheit heute nicht beschließen und tatsächlich über die Sache in den nächsten Wochen unabhängig von diesem Entschließungsantrag weiter diskutieren können. Das kann ich Ihnen natürlich auch sagen, dieser Diskussion wird sich die SPD-Fraktion selbstver-

ständig nicht entziehen. Dann kann man auch zu den Aussagen, die Sie geführt haben in Ihrem Entschließungsantrag, tatsächlich die weitere Diskussion führen. Das nur dazu.

Deswegen noch einmal die Aussage zum Schluss: Wir werden allein aus diesem Grunde heute Ihrem Entschließungsantrag nicht zustimmen. Ich bitte das Haus insgesamt um Zustimmung zum Änderungsantrag einschließlich des interfraktionellen Antrags. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Schulte.

Es hat jetzt das Wort der Oppositionsführer, der Vorsitzende der CDU-Fraktion Herr Rehberg. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Eckhardt Rehberg, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Am 27. Februar wird der Vorstandsvorsitzende der Ostseesparkasse Herr Berg folgendermaßen zitiert: „Mit Blick auf die Prüfung eines Verkaufs der Stadtparkasse Stralsund und des Bieterverfahrens zeigte Berg Verständnis für die Aktivitäten des Oberbürgermeisters Harald Lastovka (CDU).“ Wortzitat Herr Berg: „Die wirtschaftliche Situation der dortigen Sparkasse ist wirklich nicht gut. Bleibt zu fragen, wie es dazu kommen konnte.“

Meine Damen und Herren, es ist mehr als ungewöhnlich und ich halte es auch für nicht richtig, dass sich ein Vorstandsvorsitzender einer Sparkasse über die Situation einer anderen Sparkasse äußert. Aber die Frage im zweiten Teil des Zitats, wenn er sagt, „Bleibt zu fragen, wie es dazu kommen konnte.“, muss ich Sie fragen, Frau Finanzministerin. Diese Frage ist mehr als berechtigt, denn, Herr Schulte, alles hat eine Vorgeschichte. Treibendes Element dieser Novelle, die ja ursprünglich ganz anders aussah, insbesondere Paragraph 28, wie wir ihn heute verabschiedet werden, ich werde noch darauf eingehen, ist ja die Sachlage der Sparkasse Stralsund. Die ist offenkundig innerhalb von vier Jahren in eine kritische Finanzlage geraten. Vor vier Jahren hat der OSGV, Frau Ministerin Keler, wenn ich richtig informiert bin, in einem Gutachten deutlich gemacht, dass eine Fusion der Stadtparkasse Stralsund mit der Sparkasse Vorpommern aus wirtschaftlichen Gründen nicht zwingend geboten ist. Das ist ja wohl korrekt.

Jetzt ist natürlich zu fragen: Was haben die, die Prüfaufträge haben, in den letzten vier Jahren gemacht? Ist das alles von heute auf morgen gekommen? Und, Frau Ministerin Keler, was hat Ihr Haus gemacht, was haben Sie gemacht, denn Sie haben die Sparkassenaufsicht in Mecklenburg-Vorpommern? Das ist zwingend eine Tatsache.

Ich muss Ihnen sagen, mein Verständnis, Herr Schulte, für den Stralsunder Oberbürgermeister, für seine Beigeordneten – Herr Vellguth gehört nach meiner Kenntnis der SPD an –,

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Das ist ein ordentlicher Mann.)

für die beiden Fraktionen in der dortigen Bürgerschaft von CDU und SPD, ich habe nicht gehört, dass jemand von der SPD-Fraktion diesen Beschluss zur Prüfung eines Bieterverfahrens nicht mitgetragen hat, hält sich in

argen Grenzen, und zwar aus einem ganz zentralen Grund. Haben sie wirklich vom Ende her gedacht? Haben sie wirklich bedacht, was in diesen Wochen und Monaten mit der Sparkasse Stralsund passiert und wie die Sparkasse Stralsund dabei herauskommt? Und, Frau Keler, ich habe sehr früh deutlich gemacht, dass die CDU-Fraktion für eine rechtliche Klarstellung ist, aber was Sie nachher auf den Tisch gepackt haben, ist mehr als eine rechtliche Klarstellung gewesen. Ich hoffe, Sie sagen heute nicht wieder, auch das alte Gesetz hätte den Asset Deal verhindert und so weiter und so fort. Ich muss Ihnen sagen, wenn man so heftig reagiert und in dieser Art und Weise, nachdem im November die Verkaufsabsichten klar gewesen und in der Öffentlichkeit debattiert worden sind und erst Anfang Januar, denn der Gesetzentwurf ist ja nicht in den Fraktionen erarbeitet worden, der ist ja sicher vom Finanzministerium in Abstimmung erarbeitet worden –

(Angelika Gramkow, PDS: Das stimmt nicht!)

und das ist der nächste Punkt, darauf gehe ich auch noch ein, auf die Rolle der PDS bei der ganzen Geschichte –, dann muss man sich wirklich fragen, Frau Keler:

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD –
Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Heiterkeit bei Ministerin Sigrid Keler –
Heike Polzin, SPD: Es ist doch kein Thema
zu schade für eine Schlammschlacht, ne?!)

Was haben Sie von Mitte November bis Anfang Januar im Finanzministerium gemacht? Diese Frage ist berechtigt zu stellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, negativ bleibt für mich, mehr als negativ, dass man nicht vom Ende her gedacht hat, denn, das sage ich sehr offen, auch eine Landesregierung anderer politischer Couleur hätte hier handeln müssen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig!)

In dem Punkt sind wir uns einig. Herr Schulte, ich bedaure, dass Sie nicht einmal bereit sind, im Finanzausschuss über unseren Entschließungsantrag zu diskutieren.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Da hatten sie Angst, sie könnten mit der Wahrheit konfrontiert werden.)

Wer sich der Modernisierung von Sparkasse, von Sparkassenwesen in Deutschland, in Mecklenburg-Vorpommern verweigert, der wird in den nächsten Jahren mehr als sein blaues Wunder erleben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: So ist das!)

Diese Debatte muss schlichtweg von der Politik angeführt geführt werden. Hier geht es nicht darum, dass wir in irgendeiner Form die Beschlussempfehlung umgehen wollen, aushebeln wollen, ganz im Gegenteil. Wenn Sie ein Verfahren durchgeführt hätten, wie es sich gehört im Parlament, wenn Sie sich nicht mit Vehemenz einer Anhörung verweigert hätten im Finanzausschuss,

(Rudolf Borchert, SPD: Das ist doch
Unsinn! Das ist doch Unsinn, was Sie
reden! – Angelika Gramkow, PDS:
Wir haben die doch gemacht!)

wenn Sie ...

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Rehberg, entschuldigen Sie bitte. Wir haben heute Vormittag über die Art und Weise des Wortgebrauchs in diesem Hause geredet.

(Angelika Gramkow, PDS:
Wenn das nicht stimmt!)

Das Wort „Unsinn“ weise ich auch an dieser Stelle als unparlamentarischen Begriff zurück.

Eckhardt Rehberg, CDU: Was ist denn im Wirtschaftsausschuss abgelaufen? Drei Stunden vor der Anhörung wird von SPD und PDS ein Beschluss gefasst, ohne überhaupt die Anhörung abzuwarten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja,
das machen sie immer so.)

Denn wenn die Anhörung nicht gewesen wäre – und Ihre Vorschläge basieren ja auf den Vorschlägen der beiden kommunalen Landesverbände, insbesondere zur Novellierung des 28er –, dann wäre da doch gar nichts passiert.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Dann hätten Sie doch den 28 (1) oder durchgehend bis hinten so belassen, wie Sie ihn eingebracht haben. Das ist doch die Tatsache!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und wenn Sie ein ordentliches Verfahren gewählt hätten, das künde ich gleich hier an, dann hätten noch mehr Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion gesagt, wir stimmen dem Paragraphen 29 zu, wir stimmen dem Paragraphen 28 zu und wir stimmen der Novelle insgesamt zu. Aber deswegen werden sich einige enthalten beziehungsweise an der Abstimmung nicht teilnehmen und der Kollege Born wird für diese Kolleginnen und Kollegen noch eine Erklärung abgeben.

Grundlage für ein vernünftiges Miteinander im Parlament – und Sie haben das in den letzten Wochen und Monaten mehrfach verletzt, auch bei der Novelle des Sparkassengesetzes,

(Rainer Prachtl, CDU:
Das muss endlich kommen.)

beim Kindertagesstättengesetz und wo auch immer – ist,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Rudolf Borchert, SPD: Dafür kann aber nicht
der Finanzausschuss zuständig sein.)

dass man hier mit einer vernünftigen Kultur miteinander umgeht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Rudolf Borchert, SPD: Das
kann ja wohl nicht wahr sein!)

Und, Frau Keler, ich glaube, ich breche nicht das Telefongheimnis. Frau Keler, ich erwarte, wenn man einen Vertreter Ihres Hauses zu uns in die Fraktion schickt und man ankündigt, rechtliche Klarstellung, die Begründung des Jahres 1994 im Artikel 29 wird nach oben geholt, dass man uns dann nicht noch eine massive Änderung des Paragraphen 28 auf den Tisch legt und in der Fraktionsitzung, als Ihr Vertreter bei uns zugegen war, noch erhebliche materielle Änderungen. Ich sage ganz ausdrücklich: Sparkasse sollte nicht zum parteipolitischen Gezänk werden!

(Beifall Rainer Prachtl, CDU –
Angelika Gramkow, PDS: Ach nee?! –
Rudolf Borchert, SPD: Es wird aber von Ihnen
dazu gemacht! Sie sind doch gerade dabei!)

Nein, nein. Herr Borchert, was Sie hier in den letzten Wochen veranstaltet haben,

(Rudolf Borchert, SPD: Es ist ungeheuerlich! –
Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU,
und Rainer Prachtl, CDU)

da müssen Sie sich mal selber fragen, ob das im Verfahren vernünftig und der Sache angemessen war.

(Rudolf Borchert, SPD: Sie sind doch immer
noch dabei, merken Sie das gar nicht?)

Nein, nein, Herr Kollege Borchert, darum geht es nicht. Es geht darum, wenn man ein Problem löst, dass man es in einer vernünftigen Art und Weise löst.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: So ist das.)

Und was ich nicht mit uns machen lasse, was ich nicht mit der CDU machen lasse, ist: Ankündigung, wir machen eine Lex Stralsund, und hintenherum ergehen ein paar Ermächtigungsverordnungen für die Frau Finanzministerin,

(Ministerin Sigrid Keler:
Das haben wir nie gesagt!)

dass sie sich die Sparkassenstrukturen in diesem Land so zurechtstuschern kann, wie sie das gerne möchte. Dass das jetzt nicht mehr geht, will ich sehr wohl sagen. Aber das ist insbesondere durch die Anhörung zustande gekommen und daran haben wir unser gerüttelt Maß Anteil, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was wäre ohne Anhörung gewesen? Hätten wir uns dann mit dem Problem wirklich inhaltlich auseinander gesetzt oder wäre das einfach so durch- und rübergeschoben worden?

(Rudolf Borchert, SPD: Da ist ja ...! –
Angelika Gramkow, PDS: Glauben
Sie, wir haben umsonst zwei
Finanzausschusssitzungen gemacht?!)

Frau Kollegin Gramkow, wissen Sie,

(Angelika Gramkow, PDS: Ich war
dabei, Herr Rehberg, Sie nicht! –
Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

ich war sicher nicht dabei.

(Rudolf Borchert, SPD: Mann, Mann, Mann!)

Aber es ist ja nun wirklich nicht so, dass es einfach war, die Anhörung durchzusetzen, und es ist wirklich nicht so, dass es einfach war, eine vernünftige Zeitschiene zu finden.

(Angelika Gramkow, PDS: Das
haben wir sofort beschlossen.)

Was haben Sie denn mit den beiden mitberatenden Ausschüssen, im Innenausschuss und im Wirtschaftsausschuss, gemacht? Berührt denn dieses ganze Thema Sparkasse nicht die kommunale Selbstverwaltung

(Dr. Armin Jäger, CDU: Eben! –
Angelika Gramkow, PDS: Ja,
das ist doch diskutiert worden!)

und kann man da nicht den Innenausschuss vernünftig beteiligen? Durch den Innenausschuss sind doch gar nicht die letzten Änderungsanträge von Ihnen gegangen. Vielleicht hätten Sie dann noch eine Zustimmung bekommen. Da war doch eine ganz andere Gesetzesnovelle Grundlage für die Debatte und für die Verhandlung. Das ist doch die Tatsache, über die wir hier im Parlament reden müssen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Aber wir haben
zugestimmt. – Angelika Gramkow, PDS:
Ja, weiß ich doch!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben mit Befriedigung zur Kenntnis genommen und das haben Sie auch zugegeben,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Na also!)

und zwar in der Beschlussempfehlung, ich zitiere unter B. Lösung: „Daneben“ – neben der rechtlichen Klarstellung zu Paragraph 29 – „werden die erforderlichen Anpassungen der Vorschrift über die Vereinigung geregelt. Der Finanzausschuss hat abweichend vom Gesetzesentwurf Verfahrensregelungen vorgesehen, die dem kommunalen Selbstverwaltungsrecht Rechnung tragen sollen.“ Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie sagen doch selber, dass der Ursprungsentwurf hiermit der kommunalen Selbstverwaltung nicht in ausreichendem Maße Rechnung getragen hätte. Und übrigens, das ist kein Gesetzesentwurf der Landesregierung, das ist der Gesetzesentwurf der Fraktionen von SPD und PDS.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Und deswegen, Glückwunsch, dass Sie sich haben bekehren lassen im Zuge der Ausschussberatung, dass gerade der kommunalen Selbstverwaltung nicht so in vollem Umfang, wie wir das gerne hätten, aber doch in erheblichem Maße letztendlich hier heute mit einer Novelle Rechnung getragen worden ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Schulte, so billig kommen Sie uns mit unserem Entschließungsantrag zur Modernisierung im Sparkassenwesen nicht davon. Wer den Wegfall der Gewährträgerhaftung ignoriert, wer den Wegfall der Anstaltslast ignoriert, wer Basel II ignoriert, wer wesentliche Entwicklungen im Bereich der Banken, der Finanzwirtschaft in den nächsten Jahren ignoriert, der muss sich ganz einfach fragen lassen, wie er denn Sparkassen fit machen will, und zwar fit machen für die nächsten Jahre.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Bis 2005.)

Und das ist eine meiner Erkenntnisse der letzten Wochen, wie es der Deutsche Sparkassen- und Giroverband in der Beantwortung seiner Fragen sieht. Entschuldigung, so kann es nicht sein.

Auf die Frage 14, die gestellt wurde – welche Vorschläge können Sie für eine moderne Sparkassengesetzgebung unterbreiten? –, sagt dieser Verband: Die Bundesländer verfügen über aktuelle und moderne Sparkassengesetze.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Diese wurden zuletzt im Jahre 2002 im Zuge der Umsetzung der Verständigung über Anstaltslast und Gewährträgerhaftung geändert. Wir sehen derzeit keinen Bedarf für weiter gehende Änderungen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ist man in Sachsen klüger?

(Angelika Gramkow, PDS: Ich würde
den Sachsenverbund lieber nicht nennen.)

Ist man in Rheinland-Pfalz klüger? Ist man in Bremen klüger? Oder ist man in Hessen, in Thüringen klüger als der DSGV? Ich kann nur ganz dringend raten, sich mit Konzepten in Sachsen wie mit dem Sachsenverbund zu beschäftigen oder mit Hessen und Thüringen, wo man auf freiwilliger Basis Verbünde schafft, mit Rheinland-Pfalz, wo es Möglichkeiten gibt auch für Private, sich am Stammkapital zu beteiligen, oder mit Bremen, wo eine Aktiengesellschaft gegründet werden kann, dass man sich diesen Entwicklungen öffnet. Und, Herr Schulte, das hat überhaupt nichts damit zu tun, dass Private dort übermäßig Einfluss nehmen können. Nur ich muss doch mal ein Stückchen weit flexibel und modern auf Entwicklungen reagieren und nicht sagen, alles bleibt beim Alten. Das kann doch nicht das Motto sein von Sparkassenpolitik im Jahr 2004.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und ich zitiere aus der Beschlussempfehlung zur Anhörung. „Die Professorin Dr. Doris Neuberger von der Universität Rostock“ führt aus, so ist es im Protokoll zu lesen und ich denke, das Protokoll ist in Ordnung: „Das rheinland-pfälzische Modell der Bildung von Stammkapital sei eine sinnvolle Lösung auch für das Problem der Hansestadt Stralsund.“ Hochinteressant! Und weiter: „So könne eine Zwangsfusion ohne finanziellen Ausgleich vermieden werden. Zum Erhalt der regionalen Bindung könne gegebenenfalls eine Obergrenze für den Verkauf des Stammkapitals eingerichtet werden. Die Ausdehnung der Trägerschaft auf Sparkassen oder weitere juristische Personen des öffentlichen Rechts ermögliche Sparkassen-Holdings oder Konzernstrukturen. So könnten Effizienzsteigerungen durch Verbundvorteile erzielt werden, ohne den öffentlichen Auftrag zu gefährden.“ Und so weiter und so fort.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, scheinbar liegt die CDU-Fraktion nicht ganz falsch mit ihrem Entschließungsantrag.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und wir nehmen das auf, was auch in der Wissenschaft gründlich diskutiert wird.

(Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Ja natürlich, Herr Kollege Borchert. Wissen Sie, wenn man nicht bereit ist, von außen Hinweise, Ratschläge, Expertenmeinungen anzunehmen, da muss ich Ihnen unterstellen, dann begibt sich Politik in eine Beratungsresistenz, die der Politik nicht gut tut. Das ist schlichtweg so.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und ich denke, wir sollten weitere kritische Fragen stellen.

Ich habe mir einmal, und das ist öffentlich, das Organigramm der Sparkassenfinanzgruppe Deutschlands herausgesucht.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Und es ist nicht kritisch zu hinterfragen, dass alleine 7.167 Beschäftigte in zwölf regionalen Sparkassen- und Giroverbänden, in Sparkassenakademien, im Sparkassenverlag und so weiter bezahlt und von den Sparkassen finanziert werden müssen. 6.167 ist die Zahl für das Jahr 2003. Darin habe ich noch gar nicht eingerechnet, dass in den Rechenzentren 6.385 Mitarbeiter auch noch beschäftigt sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ist hier nicht die Frage zu stellen: Ist es nicht geboten, Outsourcing zu machen und zu prüfen, ob ich alles selber tun muss? Damit kann ich leider nicht dienen, ich bin an die Zahlen nicht herangekommen. Was bezahlt eine Sparkasse an Umlage für diese aus meiner Sicht viel zu großen aufgeblähten Verbände? Übrigens, das geht dann weg gegebenenfalls von günstigen Zinskonditionen oder Margen, für die Bürger, Unternehmen und so weiter und so fort. Und diese kritischen Fragen muss man stellen. Diese müssen wir als Politiker auch stellen, denn wir sind der Gesetzgeber.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kann Ihnen eines ankündigen zum Abschluss: Wir werden Sie zwangsweise aus der Verantwortung nicht entlassen. Und ich habe nicht den Eindruck, dass die Landesregierung bereit ist, sich um eine Modernisierung des Sparkassengesetzes Mecklenburg-Vorpommern zu kümmern.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sicher nicht.)

Es gibt gute Beispiele in Deutschland, so in Rheinland-Pfalz der sozialdemokratische Ministerpräsident mit der FDP zusammen in der Regierung, die große Koalition in Bremen zwischen SPD und CDU. Die Sachsen haben etwas gemacht,

(Rudolf Borchert, SPD: Jaja.)

auch Hessen und Thüringen. Das ist übrigens noch gelaufen zu einer Zeit, als dort auch noch die Sozialdemokratie das Sagen hatte, jedenfalls begonnen hat man damit. Das Saarland ist sehr weit mit einem Entwurf, darauf will ich nicht weiter eingehen.

Wir werden uns ganz einfach dieser Problematik stellen müssen, ohne den öffentlich-rechtlichen Auftrag, ohne die drei Säulen des deutschen Geldwesens in Frage zu stellen. Wer sich hier verweigert, dem sage ich eines voraus: Er wird damit leben müssen, dass vielleicht noch mehr Sparkassen, ob kleine, ob große, erhebliche Probleme bekommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die CDU-Fraktion wird dieser Novelle bei all meinen vorgetragenen Kritikpunkten zustimmen, denn wir führen hier auch ein Stück weit landespolitische Verantwortung. – Schönen Dank, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Und, Herr Kollege Schulte, eine letzte Anmerkung: Unser Handeln ist hier zu keinem Zeitpunkt von parteipolitischen Interessenerwägungen bestimmt gewesen,

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD –
Torsten Koplin, PDS: Der beste Witz! –
Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

zu keinem Zeitpunkt. Und ich hätte von Ihnen erwartet, ...

(Heinz Müller, SPD: So was liegt Ihnen ja auch überhaupt nicht! Das ist Ihnen ja ganz fremd! – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff und Peter Ritter, PDS)

Ach, Herr Ministerpräsident, auf Ihre weisen Ratschläge von hinten kann ich gern verzichten, muss ich Ihnen sagen.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD –
Jörg Heydorn, SPD: Das glaube ich nicht, dass Sie nicht richtig zuhören!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich weiß nicht, wie Sie als Opposition reagiert hätten. Wir haben in Verantwortung reagiert, wir werden in Verantwortung reagieren, aber wir werden Sie auch auf die Probleme hinweisen, vom Verfahren her und vom Inhalt her. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Rehberg.

Es hat jetzt das Wort die Fraktionsvorsitzende der PDS-Fraktion, die Abgeordnete Gramkow. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Angelika Gramkow, PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Rehberg, man kann diese Debatte so führen und damit das eigentliche Thema – was uns, man kann bald sagen, weltweit bekannt gemacht hat als Mecklenburg-Vorpommern und insbesondere als Stralsund – gar nicht berühren.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Deswegen werden die Übernachtungszahlen dieses Jahr wieder steigen, Frau Gramkow. Glauben Sie das! –
Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Und wer heute ein bisschen Zeit hatte so nebenbei und mal in die FAZ geschaut hat oder auch in „Die Welt“,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das steht schön da drin, ne?)

wird sehen, dass das aktuelle Thema, dass Stralsund jetzt seine Sparkasse nicht privatisiert und an eine große deutsche oder europäische Bank, eine private, verkauft, ja wohl bei vielen Redakteuren und Zeitungen dieser Art ganze Tränenbäche ausgelöst haben muss. Denn Sie finden eine ganze Seite, Seite 14, wenn Sie noch einmal schauen möchten,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

die sich dem Thema „Sparkassen – ein Blick über die Grenzen“ widmet und darstellt, dass es auch ohne öffentlich-rechtliche Banken in anderen Ländern geht. Hier sind Beispiele von Italien und Österreich aufgemacht worden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Haben Sie auch die FAZ von heute gelesen?)

Ich zitiere: „In der Marktwirtschaft muss staatliches Eigentum immer wieder hinterfragt werden, weil es privater Initiative im Wege stehen könnte.“

Meine Damen und Herren, ich frage Sie: Was würde das denn für Mecklenburg-Vorpommern bedeuten? Werden etwa private Banken daran gehindert, Zweigstellen in

Städten und in der Fläche des Landes zu eröffnen? Werden sie daran gehindert, Kredite insbesondere für unsere kleine und mittelständische Wirtschaft zu vergeben oder gar bankenwirtschaftliche Dienstleistungen in der Fläche zu realisieren? Wir haben doch genau das Gegenteil getan. Wir haben oftmals den Sparkassen – und ich schließe hier gern die Genossenschaftsbanken ein – das Feld freiwillig überlassen und uns aus der Fläche zurückgezogen. Deshalb gibt es hier eine klare Position. Und indem Sie sagen, Sie stimmen zu, bin ich inzwischen wieder froh, dass die CDU es vielleicht doch so sieht. Die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen sagen klar: Es wird aus Mecklenburg-Vorpommern ein Signal zur Möglichkeit der Privatisierung von Sparkassen nicht geben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Heinz Müller, SPD)

Ich denke, das ist eine sehr gute Entscheidung.

Und auch ich fand eigentlich den Entschließungsantrag der CDU dafür zu schade, ihn jetzt in einer letzten Debatte so einfach mir nichts dir nichts abzulehnen und zu sagen, er hat keinen gewissen Wert an Diskussion.

(Rudolf Borchert, SPD: So ist es.)

Aber, Herr Rehberg, etwas haben Ihre Kollegen im Finanzausschuss Ihnen voraus und das ist leider schade, weil wir genau diese Debatte in den Sitzungen des Finanzausschusses miteinander geführt haben. Es gab unterschiedliche Auffassungen, aber es gab keinen Streit darüber im Finanzausschuss, diese von Ihnen beantragte Anhörung zu machen.

(Eckhardt Rehberg, CDU:
Das sehe ich aber anders.)

Im Gegenteil, wir haben uns noch in den Ferien zusammengesetzt,

(Jochen Schulte, SPD: Da müssen Sie sich mal richtig informieren, Herr Rehberg!)

gemeinsam die Fragenkataloge erarbeitet und dafür gesorgt, dass es zu dieser Änderung des Sparkassengesetzes kommt. Es ist ein gemeinsames Werk der Fraktionen von CDU, SPD und PDS.

(Rudolf Borchert, SPD: So ist es. –
Dr. Martina Bunge, PDS: Richtig.)

Und das gehört auch zur Ehrlichkeit dieses Prozesses.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Torsten Koplin, PDS: Der soll mal lieber mit seinen eigenen Leuten reden.)

Da kann ich es mir dann nicht verkneifen, doch auf den Inhalt einzugehen. Der Inhalt Ihres Antrages sagt nichts dazu – im Gegenteil –, dass wir ein modernes Sparkassengesetz haben. Und das ist im Anhörungsprozess bestätigt worden. Nein, Sie sagen in Ihrem Entschließungsantrag: „Eine langfristige Perspektive wird den Sparkassen im Land damit noch nicht eröffnet.“ Und das ist falsch. Darüber bestand auch Einigkeit. Wir haben die Fragen zur Gewährträgerhaftung, zur Frage Basel II, zur Situation der Sparkassen doch längst entschieden mit der Änderung des Sparkassengesetzes, die vor dieser Änderung in diesem Landtag im Übrigen wieder in großer Einigkeit zwischen CDU-Fraktion, SPD-Fraktion und PDS-Fraktion entschieden worden sind. Warum also das Gebrüll an dieser Stelle?

(Rudolf Borchert, SPD: Ja, das ist die Frage.)

Und ich gestehe Ihnen ein, dass in Ihrem Antrag einige Punkte sind, über die man wirklich reden sollte,

(Wolfgang Riemann, CDU: Sehen Sie!)

und zwar, wenn es darum geht, stille Einlagen zu machen. Unser jetziges Gesetz sagt ja, wir können das längst. Die stillen Gesellschafter können das nicht. Aber lassen Sie uns doch mal darüber reden, ob wir das wollen. Sie sagen, unser Gesetz ist zu unflexibel. Wir müssen Modernisierungstendenzen hineingeben, Verbundsysteme schaffen. Und Sie sagen, Sie sind leider nicht an die Zahlen gekommen, was eine Umlage bedeutet. Ich werde sie Ihnen zumindest aus der Sparkasse, in deren Verwaltungsrat ich seit langen Jahren sitze, sehr gerne zur Verfügung stellen. Und bei dieser Diskussion, Herr Rehberg, sollten wir beide aufpassen. Für manchen Kreis, für manche Stadt in diesem Land sind die Sparkassen und ihre Beschäftigten mit die größten Arbeitgeber, diejenigen, die die meiste Gewerbesteuer zahlen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das kann doch hier wohl kein Maßstab sein.)

Man sollte hier nicht so tun, als wenn die Beschäftigten, die im Übrigen längst über Verbundsysteme miteinander verbunden sind, am Ende Geld fressende Institute für Beschäftigung sind!

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das habe ich nicht gesagt! Es geht um die Sparkassen- und Giroverbände, Frau Gramkow. Es geht um die Verbände, um die Sparkassenverbände! Verdrehen Sie mir das Wort nicht im Mund! Es ging nicht um die Sparkassen, es ging um die Verbände! –
Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU,
und Wolfgang Riemann, CDU)

Und das haben Sie hier hingestellt, indem Sie gesagt haben, 6.000 Beschäftigte in diesem Bereich – Ihr Nebensatz zur Sparkassenakademie in Potsdam – haben ein Signal ausgelöst, dass dieses System zu teuer ist, und wir sollen darüber nachdenken, auch in Bezug auf Beschäftigung. Ich finde, das ist kein gutes Signal, auch nicht für die Beschäftigten, die gegenwärtig in vielen Flächenkreisen dieses Landes die Kreditwirtschaft und die Dienstleistung für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen sichern.

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Dafür haben sie Achtung und Anerkennung verdient und nicht den Druck auf ihre Arbeitsverhältnisse. Ich denke, das gehört nicht in diesen Raum.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

In diesem Zusammenhang sage ich noch einmal klar, eigentlich auch mit Anerkennung durch die CDU-Fraktion im Finanzausschuss, dass die Landesregierung hier sehr wohl bewusst reagiert hat, sensibel reagiert hat. Und wenn man hier das Bild aufmachen will, die Fachaufsicht, das Finanzministerium hat nicht reagiert, denke ich, das ist ein verzerrtes Bild. Hier müsste die klare Aussage her: Im Interesse des Erhaltes der Sparkassen für die Bürgerinnen und Bürger des Landes, für die Unternehmen, auch in unserem eigenen Interesse, dürfen wir keine Luft an die öffentlich-rechtlichen Banken in Mecklenburg-Vorpommern lassen!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD, Dr. Martina Bunge, PDS, und Torsten Koplin, PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Gramkow.

Es hat jetzt das Wort die Finanzministerin des Landes Frau Keler. Bitte schön, Frau Ministerin.

Ministerin Sigrid Keler: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Angriff ist die beste Verteidigung. Das hat sich wohl heute Herr Rehberg gedacht,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Was soll denn das? Wollen Sie eigentlich noch unsere Zustimmung oder nicht?)

denn die CDU in Stralsund und die Landes-CDU haben jetzt bei der Diskussion um die Sparkasse Stralsund nicht so gut ausgesehen. Das muss ich hier mal sagen.

(Heiterkeit bei Rainer Pracht, CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Besonders schlecht haben Sie ausgesehen, Frau Keler!)

Nein, ich glaube nicht, Herr Rehberg.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ja, da haben Sie besonders schlecht ausgesehen.)

Ich glaube, es ist ein bisschen viel Neid bei Ihnen dabei, dass wir das so geschafft haben, wie wir es geschafft haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Eckhardt Rehberg, CDU: Überhaupt nicht, ganz im Gegenteil! – Zurufe von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU, und Dr. Armin Jäger, CDU)

Auf Ihre Frage, Herr Rehberg, warum ich das nicht gewusst und da nicht eingegriffen habe,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, schwach, ne?)

will ich Ihnen sagen, Vorstand und Verwaltungsrat sind die beiden Organe der Sparkasse und diese handeln

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

und nicht die Aufsicht. Ich bin die Rechtsaufsicht,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das wissen wir ja.)

damit Sie das wissen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aber mit der gesetzlichen Novelle kamen Sie sehr spät.)

Sie haben Recht, Herr Rehberg, die Sparkasse ist plötzlich abgefallen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ja.)

Ich darf es Ihnen aber hier nicht sagen und auch das wissen Sie ganz genau,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Darum geht's nicht.)

denn wenn ich mich richtig erinnere, waren Sie einmal im Verwaltungsrat der Sparkasse Ribnitz-Damgarten und müssten die Gepflogenheiten durchaus kennen.

(Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Also Ihr Angriff heute war wieder einmal so, wie ich ihn von Ihnen immer wieder gewohnt bin.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Eckhardt Rehberg, CDU: Nee, nee, nee, nee!)

Dort, wo Sie versuchen etwas zu vertuschen, beißen Sie dann erst einmal.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Es ist peinlich. Jetzt versuchen wir was zu retten, was Sie versiebt haben, und Sie geben uns die Schuld.)

Eine Lex Stralsund, Herr Rehberg, auch das muss ich Ihnen sagen, haben wir nie gewollt, sondern wir wollten die Lücke schließen, die wir erkannt haben.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Und diese Lücke ist nicht nur für Stralsund geschlossen worden,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

sondern für alle Sparkassen,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

und ich vermute, sie wird auch in anderen Ländern geschlossen werden, denn unser Sparkassengesetz ist durchaus ein Gesetz, was in etwa ebenfalls in anderen ostdeutschen Ländern zu finden ist.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Also landesrechtlich doch nicht sauber.)

Meine Damen und Herren, der Landtag wird heute ein Gesetz verabschieden, von dem ein eindeutiges Signal ausgeht, und dieses Signal heißt, die Sparkassen sind in unserem Land unverzichtbar und nicht verkäuflich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Der Gesetzgeber spricht sich damit eindeutig für den Erhalt der Sparkassen aus. Er möchte, dass der Wettbewerb unter den drei Säulen des Bankensystems in unserem Land erhalten bleibt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist eine Frechheit!)

Um diese Ziele zu erreichen, wird jetzt auch im Gesetzestext der Vereinigung von Sparkassen der Vorrang vor deren Auflösung eingeräumt. Die Auflösung einer Sparkasse kann nur das allerletzte Mittel sein. Die Möglichkeiten, diesen gesetzgeberischen Willen zu umgehen, werden durch das gesetzliche Veräußerungsverbot ausgeschaltet. Allen, die in den letzten Wochen an dem Gesetz mitgearbeitet haben, möchte ich dafür ausdrücklich danken.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Der in Stralsund gestartete Versuch, die Sparkasse zu verkaufen, hat auch überregional zu einer heftigen Diskussion geführt. Weder die Geschäftsbanken noch das Sparkassenlager haben einen Hehl daraus gemacht, dass nicht die Sparkasse Stralsund im Vordergrund der Kaufgelüste stand, sondern der Kampf um das 3-Säulen-System. Anders ist auch nicht zu erklären, dass ausgerechnet eine der kleinsten, nämlich die Nummer 424 unter 518 deutschen Sparkassen so im Focus interessierter Käufer aus dem Lager der Geschäftsbanken stand. Meines Erachtens geht die Sparkassenorganisation aus diesem Streit gestärkt hervor. Die Bürger haben gespürt, dass der Erhalt von Sparkassen keine gottgegebene

Selbstverständlichkeit ist, sondern man darum unter Umständen auch kämpfen muss. Die Bürger haben sich in den letzten drei Monaten dieses Kampfes gedanklich mit der Möglichkeit auseinander gesetzt, eines Tages keine Sparkassenleistung mehr in Anspruch nehmen zu können. Und diese Vorstellung hat ihnen nicht gefallen. Die Unterschriftensammlung zum Bürgerbegehren hat das schlagend bewiesen.

Ich denke hier insbesondere an den Mittelstand, die einkommensschwächeren Bürger und die Bewohner der ländlichen Regionen. Vor allem an dieser Klientel hätte der Erwerber einer Sparkasse kein Interesse, weil der zu erwartende Ertrag den Aufwand nicht rechtfertigen würde. Nach den Turbulenzen der vergangenen drei Monate muss die Sparkasse Stralsund nun wieder in ruhiges Fahrwasser geführt werden. Das Vertrauen der Stralsunder Bürger und das Vertrauen der Sparkassenmitarbeiter muss wieder gewonnen werden. Die Arbeitsfähigkeit der Sparkasse muss wieder hergestellt werden, damit sie ihrem Kreditgeschäft nachgehen kann, anstatt als reines Verkaufsobjekt behandelt zu werden. Der Abwanderungstrend muss gestoppt und es müssen wieder Neukunden gewonnen werden, die darauf vertrauen können, dass in Stralsund auch langfristig Sparkassenleistungen angeboten werden. In diesem notwendigen Normalisierungsprozess biete ich ausdrücklich meine Hilfe an.

Eigentlich, meine Damen und Herren, wollte ich jetzt schließen. Aber zum Entschließungsantrag der Opposition muss ich nun doch noch einiges sagen. Dieser Antrag ist für mich kaum zu verstehen. Er geht zum Teil von falschen Annahmen aus,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ah ja.)

ist in sich widersprüchlich

(Dr. Armin Jäger, CDU: Oh!)

und bringt meiner Meinung nach keine Lösungsansätze. Schon die Analyse ist nicht überzeugend, denn falsch ist, dass die Sparkassen durch die Einführung des Euros betroffen sind. Dieser Prozess, meine Damen und Herren, ist längst abgeschlossen. Nicht nachvollziehbar ist, warum die Sparkassen in unserem Land unter der Vollendung des europäischen Binnenmarktes, was immer Sie darunter verstehen mögen, oder der Internationalisierung der Kapitalmärkte leiden. Hier sind doch wohl vor allem die privaten Großbanken als Globalplayer betroffen und nicht die regional tätigen Sparkassen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Von Leiden steht auch gar nichts drin im Antrag, Frau Keler.)

Richtig ist, dass die Sparkassen sich einem schärfer werdenden Wettbewerb stellen müssen. Aber, meine Damen und Herren, diesen Wettbewerb können, dürfen und wollen wir gesetzlich nicht regeln.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Das hat doch niemand vor.)

Ich habe aber keine Angst, dass die Sparkassen wie in der Vergangenheit sich in diesem Wettbewerb nicht behaupten können.

Auf der zweiten Seite Ihres Antrages formulieren Sie das Ziel: „Das Land hat ein großes Interesse daran, dass es auch künftig wettbewerbsfähige selbständige Kreditinstitute gibt, die ihren Hauptsitz in Mecklenburg-Vorpommern haben.“

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Dieses Ziel ist unstreitig, das wollen wir alle.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Dann müssen wir mal ein bisschen aufpassen, was in Deutschland passiert zwischen Niedersachsen, Bremen und Hamburg.)

Ihre Lösungsvorschläge auf Seite 3 allerdings haben es dann wieder in sich.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Prüfauftrag, Frau Keler.)

Unter der Ziffer 1 wollen Sie zum Beispiel die Sparkassen in Aktiengesellschaften umwandeln und sie damit veräußerbar machen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Jaja.)

Wie wollen Sie dann das Ziel erreichen, dass es weiter regional verwurzelte Sparkassen in Mecklenburg-Vorpommern gibt, wenn Sie die Sparkasse frei handelbar machen? Unter der Ziffer 2 fordern Sie die Beteiligung Dritter an einer Sparkasse. Wenn Dritte die strategische Ausrichtung der Sparkasse mitbestimmen dürfen, ist es mit der von Ihnen geforderten Selbständigkeit nicht mehr weit her, denn dann geht es auch hier nur noch um die Dividende. In den Ziffern 3 und 5 wollen Sie den Verbund der Sparkassen und ihrer Partner stärken. Ich denke, das ist notwendig. In der Ziffer 4 wollen Sie den Verbund sprengen.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Gerade der Verbund, meine Damen und Herren, macht die Sparkassen stark. Den Verbund aufzugeben wäre unverantwortlich. Insgesamt hilft dieser Antrag unseren Sparkassen wenig.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Auch das stimmt nicht, Frau Keler.)

Hilfreich ist vielmehr der seit Jahren geführte Dialog mit den Sparkassen, ihren Verbundpartnern und der kommunalen Seite. Dieser Dialog ist fruchtbar, vertrauensvoll und zielgerichtet. Und gerade der Fall Stralsund hat bewiesen, wie schlagkräftig und tatkräftig diese Partnerschaft ist.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Die Sparkassen des Landes befinden sich seit Jahren erfolgreich in einem Veränderungsprozess und haben sich immer wieder den neuen Gegebenheiten angepasst.

Herr Rehberg, Sie müssten es eigentlich wissen, alleine durch die Fusionierung der Sparkasse in Vorpommern haben wir eine deutliche Verbesserung erreicht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und PDS – Eckhardt Rehberg, CDU:
Dazu sage ich noch was.)

Ich kann mich an die Rolle, die Sie dabei gespielt haben in der CDU, noch sehr gut erinnern.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ja, darauf
komme ich noch zurück, Frau Keler.)

Herr Rehberg, Sie wissen auch, dass die Sparkassen wissen, dass sie sich verändern müssen. Gerade diese Themen werden immer auf den sparkassenpolitischen Tagen, die zweimal im Jahr stattfinden, diskutiert. Und vielleicht wissen Sie auch um die Rolle, die ich dabei zum Teil gespielt habe, denn ich habe immer wieder Druck

darauf gemacht, dass die Sparkassen wirtschaftlich arbeiten. Sie können sich dazu noch einmal die Rede ansehen, die ich in Warnemünde auf dem Ostdeutschen Sparkassentag gehalten habe im Jahre 1999. Sie sollten es sich einmal ansehen. Also mir hier vorzuwerfen, ich wäre bisher untätig gewesen oder ich hätte das nicht erkannt, was eigentlich auf die Sparkassen zukommt, das ist doch nun weiß Gott aus der Mottenkiste beziehungsweise erfunden.

(Beifall Heike Polzin, SPD,
und Jochen Schulte, SPD)

Fragen Sie doch einmal hier im Land die Sparkassenvorstände und fragen Sie die Vertreter aus den Zweckverbänden, welche Rolle wir dabei gespielt haben!

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Und noch eines: Ihre Forderung heute, wenn ich sie noch einmal zitieren darf, ist, dass Sie sagen, die Sparkassen müssen wirtschaftlicher werden. Jawohl, das bitte schön ist in erster Linie eine Frage, die Sie mit den Trägern diskutieren müssen, und auch darauf haben wir, was kommunal den Landkreistag und den Städte- und Gemeindetag betrifft, immer wieder hingewiesen. In diesem Fall ist gerade Mecklenburg-Vorpommern ein Bundesland, wo sich immer wieder die Landesregierung mit eingeschaltet hat. Also hören Sie auf mit diesen Behauptungen! Kümmern Sie sich lieber darum, was eigentlich in Stralsund passiert ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Ministerin.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Riemann. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Wolfgang Riemann, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Frau Keler, wenn der Dialog und die Aufsichtspflicht wirklich so gut sind bei Ihnen im Hause, warum ist es dann zu Stralsund gekommen?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der CDU – Egbert Liskow, CDU:
Genau. – Dr. Armin Jäger, CDU:
Sie kriegen doch die Geschäftsberichte.)

Wenn das wirklich so gut ist, warum gibt es einen jahrelangen Rechtsstreit der Zweckverbandssparkassen Parchim und Lübz? Und, Frau Keler, Sie brauchen nicht darauf stolz zu sein, was Sie geschafft haben.

(Ministerin Sigrid Keler: Ja.)

Sie haben länger gewusst als dieser Landtag, was in Stralsund los ist.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Ja, das will ich doch hoffen.)

Sie haben vor uns gewusst von den Verkaufsabsichten. Sie haben zu spät reagiert

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

und deshalb gab es ein Gewürge in den Fachausschüssen dieses Landtages zum Sparkassengesetz,

damit wir das noch rechtzeitig verabschieden. Das muss man so feststellen.

(Heinz Müller, SPD: Grober Unfug. –
Zuruf von Ministerin Sigrid Keler)

Vielleicht, Herr Schulte, wir wissen selbstverständlich, dass auch in der SPD-Fraktion an den Problemen unseres Entschließungsantrages gearbeitet wird. Sie haben dazu ja mit Herrn Dr. von Storch schon Gespräche geführt. Und Sie sind ja auch bereit, dort etwas zu novellieren, damit unser Sparkassenrecht moderner wird, offener wird. Aber das heute hier nicht einzugestehen und nicht einmal einer Überweisung zuzustimmen, das finde ich schon etwas schwach.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Meine Damen und Herren, Frau Keler, Sie haben so getan, als wenn unser Antrag hier den Beschluss und den Bericht konterkariert. Nein, er enthält Prüfaufträge. Die Landesregierung soll prüfen, ob in den von uns aufgeführten Bereichen Möglichkeiten existieren, auch über andere Länder hinweg. Und glauben Sie ja nicht, dass wir uns nicht Gesetze anderer Länder besorgt und dort etwas gefunden haben, was in Mecklenburg-Vorpommern nicht möglich ist, was aber den Sparkassen in anderen Ländern weitreichende Möglichkeiten gibt

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Genau.)

und ihre Existenzen sichert, damit es eben nicht dazu kommt, wie es in Stralsund gekommen ist.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Dann müssen
Sie die Leine nicht so eng führen.)

Wer sich diesen Prüfaufträgen verweigert, wer sagt: „Allens blifft bi'n Ollen“, der wird sich dahin gehend wiederfinden, dass wir eines Tages – und ich sage das nicht nur beim Sparkassenwesen, ich sage das für diese gesamte Landesregierung – von Hamburg demnächst unsere Sparkassengesetze bekommen werden.

Und, meine Damen und Herren, ich habe noch etwas hinzuzufügen. Es gibt ja hier auch noch eine Ergänzung zum Bericht. Die Stellungnahme des Wirtschaftsausschusses auf der Finanzausschussdrucksache 4/454 enthält zwei Teile, einmal die einstimmige Annahme des Gesetzentwurfes und zum anderen den Hinweis des Ausschussvorsitzenden, dass eben die Fraktion der CDU aufgrund verfassungsrechtlicher Bedenken nicht an der Abstimmung teilgenommen hat, weil es nicht mit der Geschäftsordnung des Landtages vereinbar ist, ohne sich mit dem federführenden Finanzausschuss auf eine Frist zur Abgabe einer Stellungnahme verständigt zu haben und ohne die Ergebnisse der Anhörung im federführenden Ausschuss ausgewertet haben zu können, dass eine mitberatende Stellungnahme dann noch nicht möglich ist, weil nämlich auch noch Beratungsbedarf bestand. Und die Änderungen zeigen ja, dass dieser Beratungsbedarf durchaus im Innen- und auch im Wirtschaftsausschuss zu Recht geäußert worden ist. Deshalb ist es eben nicht so, dass wir stolz darauf sein können, dass wir es so geschafft haben, wie wir es geschafft haben.

Frau Keler, Sie hätten Ihren Gesetzentwurf den Fraktionen schon im Dezember zuleiten können, aber da waren Sie ja noch mit dem verfassungswidrigen Haushalt beschäftigt.

(Angelika Gramkow, PDS: Hast du das immer noch nicht verstanden?!)

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Riemann.

Es hat noch einmal um das Wort gebeten die Finanzministerin des Landes Frau Keler. Bitte schön, Frau Ministerin.

Ministerin Sigrid Keler: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Die Behauptung von Herrn Riemann, ich hätte vom Verkauf eher als der Landtag gewusst, muss ich zurückweisen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja, wozu sind Sie denn Aufsicht? Sie haben dann die Aufsichtspflicht verletzt!)

Der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion Herr Rehberg war damit eher in der Öffentlichkeit als ich. Ich schließe daraus, dass die CDU-Fraktion oder der Fraktionsvorsitzende es vor mir erfahren hat.

(Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Das Zweite ist, meine Damen und Herren, als wir die Lücke im Gesetz erkannt haben,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

haben wir innerhalb von ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Erst haben Sie die Lücke geleugnet. – Dr. Armin Jäger, CDU: Erst haben Sie aber geleugnet.)

Ja, den Verkauf. Ich weiß, Herr Dr. Jäger, Sie sind immer der beste Jurist

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nee.)

und Sie sind der beste Kommunalpolitiker und alles.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aber zumindest verstehe ich was davon und ich rede nicht über Dinge, von denen ich keine Ahnung habe.)

Herr Dr. Jäger, diese Lücke zu erkennen, das hat von uns bisher vorher keiner geschafft.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aber als sie erkannt wurde, haben Sie behauptet, es gibt sie nicht, und das war vor Monaten. Sie legen sich die Wahrheit so zurecht, wie es Ihnen passt!)

Als wir sie erkannt haben, haben wir innerhalb von drei Tagen die Gesetzesnovelle auf den Tisch gelegt. Das möchte ich erst einmal sehen, ob das jemand anderes schneller und besser gekonnt hätte.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Ministerin.

Es hat jetzt noch einmal das Wort für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Schulte. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Jochen Schulte, SPD: Meine Damen und Herren, angesichts der Uhrzeit wollte ich mich ja eigentlich kurz fassen. Aber ich denke mir, einige Aussagen, die hier ge-

macht worden sind, kann man einfach so nicht im Raum stehen lassen.

Einmal zu Ihnen, Herr Riemann.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja.)

Wenn Sie als Ausschussvorsitzender des Finanzausschusses sich hier hinstellen

(Wolfgang Riemann, CDU: Ich habe für die CDU-Fraktion gesprochen.)

und von einem Gewürge sprechen, ...

Jetzt hören Sie mir doch mal wenigstens zu, bevor Sie hier rumbrüllen!

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

... und von einem Gewürge sprechen im Zusammenhang mit der Verabschiedung dieses Gesetzentwurfes

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das stimmt. Das stimmt.)

oder dieses Antrages der Koalitionsfraktionen,

(Heike Polzin, SPD: Er hat es nötig!)

dann möchte ich Sie doch nur mal bitte an Ihre Rolle als Ausschussvorsitzender im Finanzausschuss erinnern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und um es mal ganz deutlich zu sagen: Sich im Finanzausschuss hinzustellen und zu sagen, ich streue Asche auf mein Haupt,

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

und hier eine dicke Lippe zu riskieren,

(Torsten Koplin, PDS: Das ist er.)

das ist schon eine bemerkenswerte Leistung. Sie haben es nur einem einzigen Umstand ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Etwas anzumelden, ohne dass die Anhörung überhaupt stattgefunden hat.)

Nee, jetzt sind Sie ...

Herr Riemann, jetzt seien Sie doch mal einen Moment ruhig, dann können Sie mich wenigstens verstehen! Wenigstens akustisch, vielleicht nicht intellektuell, das ist eine andere Frage.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Schämen Sie sich! – Zuruf von Rainer Prachtl, CDU)

Aber um mal eines ganz deutlich zu sagen, der Umstand, dass das hier nicht ausgeführt worden ist, Ihr Verhalten, das ist nur Respekt vor dem Haus insgesamt.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Ja, aber nicht mit solchen Äußerungen.)

Der zweite Punkt – das ist im Grunde alles, was ich zu Ihnen sagen möchte, Herr Riemann –,

(Unruhe bei Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU, und Dr. Armin Jäger, CDU)

der zweite Punkt, Herr Rehberg, das ist eine wirklich klasse Leistung gewesen, die Sie hier gebracht haben.

Und ich muss auch ganz deutlich sagen, Sie haben meinen Respekt,

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU:
Nun lassen Sie die Katze raus!)

weil sich hier hinstellen und sowohl als auch zu sagen, die Interessen vielleicht einzelner Stralsunder CDU-Mitglieder und möglicherweise auch einzelner CDU-Landtagsabgeordneter im Hinblick auf eine Privatisierung der Sparkassen in diesem Land voranzubringen, indem man nämlich einen Entschließungsantrag hier einbringt,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Was
hat denn das damit zu tun?)

aus dem ja letztendlich ganz deutlich die Zielsetzung der CDU-Fraktion wieder erkennbar wird,

(Egbert Liskow, CDU: So ein Quatsch!)

nämlich unter Ziffer 2 eine Teilhaberschaft im Rahmen von Aktiengesellschaften privater Dritter

(Wolfgang Riemann, CDU: Hat doch
Bremen. Das gibt es doch schon.)

bis zu einem Punkt von 49 Prozentanteilen in dieses Sparkassengesetz als Zielrichtung wieder einzuführen –

(Torsten Koplin, PDS: Dann ist doch alles klar.)

und Sie können mir doch nicht erzählen, dass Sie das hier als Prüfauftrag mit reformulieren, wenn Sie nicht zumindest im Hinterkopf haben, dass Sie das auch wollen –,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Torsten Koplin, PDS: Ist doch klar. –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

und sich auf der anderen Seite hinstellen und zu sagen, wir sind diejenigen, die ja von Anfang an gewollt haben,

(Heiterkeit bei Rudolf Borchert, SPD:
Ja, so ist es.)

dass hier nicht privatisiert wird, dass die Sparkassen im öffentlichen Bestand bleiben, das ist eine Leistung.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten
der CDU – Rudolf Borchert, SPD:
Das ist ein Spagat. Das ist Spagat.)

Ich meine, da bin ich auch ganz ehrlich, da sieht man, dass Sie wesentlich länger hier im Landtag sitzen als ich, denn das könnte ich so nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Heiterkeit bei Rudolf Borchert, SPD: Nee,
so ein Spagat könnten wir nicht. Das kann
nur Herr Rehberg. – Jörg Heydorn, SPD:
Das ist ein ganz schöner Eiertanz.)

Und wenn Sie sich hier hinstellen und allen Ernstes den Menschen ...

(Minister Dr. Till Backhaus: Das schafft er nicht.)

Doch, hinstellen kann er sich, aber überzeugen kann er nicht!

Wenn Sie sich hier hinstellen und die Menschen in diesem Land allen Ernstes davon überzeugen wollen, dass

Sie zwar auf der einen Seite „nur“ 49 Prozent einer Sparkasse privatisieren, damit aber den öffentlich-rechtlichen Auftrag in keiner Weise tangieren wollen, dann sage ich Ihnen, wenn Sie das schaffen, dann klatsche ich noch Applaus, weil dann haben Sie eine Überzeugungskraft, die wirklich über das hinausgeht, was ich einem normalen Politiker zutraue.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Man traut ja schon alles Mögliche Politikern heutzutage zu.

Eines muss man doch mal ganz deutlich sagen: Jemand, der mit 49 Prozent sich an einem Unternehmen beteiligt – darüber brauchen wir doch gar nicht zu diskutieren –, der tut das doch, weil er seine eigenen Vorstellungen damit verwirklichen will.

(Jörg Heydorn, SPD: Rendite!)

Das mögen Rendite sein, Herr Heydorn, danke für den Zwischenruf.

(Wolfgang Riemann, CDU: Was steht denn
in den SPD-geführten Bundesländern
in den Sparkassengesetzen drin?)

Das sind die qualitativen Zurufe, von denen ich vorhin gesprochen habe.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja,
die machen das doch schon.)

Das mögen Rendite sein, ...

Ja, Herr Jäger, das mag ja sein, dass das in anderen Ländern so ist,

(Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

aber wir diskutieren hier doch darüber,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig,
richtig. Das wollen wir prüfen.)

ob wir das Sparkassenwesen mit einem öffentlich-rechtlichen Auftrag in diesem Land erhalten wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Dr. Armin Jäger, CDU: Das wollen wir prüfen.)

Dann sagen wir das doch ganz einfach, dann sagen Sie doch, Herr Dr. Jäger, dass Sie das nicht wollen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nein.)

und dann ist das okay.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Dann sagen Sie, dass Sie das nicht wollen, dann ist das okay. Oder sagen Sie, dass Sie das doch wollen, dass Sie den öffentlich-rechtlichen Auftrag der Sparkassen erhalten wollen. Und da muss man sich wirklich fragen,

(Wolfgang Riemann, CDU: Das steht hier drin,
dass wir den öffentlich-rechtlichen Auftrag erhalten wollen. – Zuruf von Rainer Pracht, CDU)

was eine private Beteiligung in diesem Umfang soll.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Und wenn Sie sich vielleicht mal mit dem Prinzip eines Shareholdervalues beschäftigen,

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

nämlich dass derjenige, der Geld in ein Unternehmen hineingibt, auch ein Interesse daran hat, seine Ziele in dem Unternehmen zu verwirklichen, ...

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Wer hat Ihnen das verraten?)

Ja, Sie bestimmt nicht, Herr Dr. Jäger, aber Sie scheinen es ja nicht zu kennen.

(Heiterkeit bei Dr. Armin Jäger, CDU –
Ministerin Sigrid Keler: Doch, Herr Dr. Jäger
kennt das. – Rainer Prachtl, CDU:
Man muss sich hier so was anhören! –
Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Das sagst du jetzt, Sigrid, ich kann das nicht beurteilen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Lesen muss man
wenigstens können in diesem Parlament. –
Zuruf von Lorenz Caffier, CDU)

Wenn Sie den Leuten erklären können, dass jemand Geld in ein Unternehmen hineinsteckt, ohne damit Ziele verwirklichen zu wollen, also, wie gesagt, versuchen Sie es! Ich hoffe und gehe mal davon aus, dass Sie daran scheitern werden.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Caffier, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf wegen der Kritik an der Amtsführung des Präsidenten. Ich habe hier vorne gegenüber den Ministern darauf hingewiesen, dass keine Meinungsäußerungen von hier vorne zu erfolgen haben. Das ist nicht über das Mikrophon gekommen, also bitte.

Jochen Schulte, SPD: Ich bedauere es, ich bedauere, dass hier die Debatte am heutigen Tag eine Wendung gefunden hat, die eigentlich nicht in Übereinstimmung steht mit dem,

(Rudolf Borchert, SPD: Sehr bedauerlich.)

was ich aus den Gesprächen, die vorher vor allem im Finanzausschuss ...

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das
waren Sie und Frau Keler.)

Das ist nicht Frau Keler gewesen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, doch.)

nein, Herr Riemann, Herr Jäger, entschuldigen Sie.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Doch. –
Torsten Koplin, PDS: Egal wie.)

Das ist die gleiche Zielrichtung immer bei Ihnen. Es ist nicht die Finanzministerin gewesen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Doch.)

Aber ich bedauere es trotzdem, auch wenn Sie Recht hätten, bedauere ich es trotzdem,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wenn man mit einer
so schlechten Performance in die Sitzung geht.)

dass Sie offensichtlich heute hier in der öffentlichen Debatte nicht in der Lage sind, auf dem gleichen fachlichen Niveau die Diskussion zu führen, wie Sie das auch tatsächlich im Finanzausschuss getan haben.

(Rudolf Borchert, SPD: Ja.)

Und ich bedanke mich an dieser Stelle ganz ausdrücklich – ich hätte es ja normalerweise nicht angesprochen,

aber es ist ja hier von Ihnen angesprochen worden, aus den Reihen der CDU –, ich bedanke mich ganz ausdrücklich auch für die Diskussionsbeiträge, die dort im Finanzausschuss in allererster Linie von dem Kollegen von Storch geführt worden sind.

(Zuruf von Gesine Skrzepski, CDU)

Und es ist richtig, es ist richtig, dass ich persönlich – und ich gehe davon aus, dass das insgesamt aber auch für die SPD-Fraktion gilt – natürlich erklärt habe: Wir müssen schauen, wie das Sparkassengesetz auch in Zukunft den Anforderungen angepasst wird.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. –
Zuruf von Michael Ankermann, CDU)

Da gibt es überhaupt keinen Dissens zwischen Herrn von Storch und der SPD-Fraktion. Die Frage ist nur, ob es da nicht möglicherweise einen Dissens zwischen den Mitgliedern der CDU-Fraktion im Finanzausschuss und Ihrem Fraktionsvorsitzenden gibt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Torsten Koplin, PDS: So ist es, so ist es. –
Rainer Prachtl, CDU: Das Thema können Sie
lassen! – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Ich habe nämlich ...

(Unruhe bei einzelnen
Abgeordneten der SPD, CDU und PDS –
Torsten Koplin, PDS: Kommunikationsprobleme
haben die anderen wohl. – Rainer Prachtl, CDU:
Denken Sie mal an die, die in Vorpommern
wohnen, und reden Sie nicht so lange jetzt!)

Ich gehe einfach ...

(Heinz Müller, SPD: Herr Prachtl will nach
Hause! – Unruhe und Heiterkeit bei einzelnen
Abgeordneten der SPD, CDU und PDS –
Heinz Müller, SPD: Das Interesse ist
offenkundig, er will heim zu Mama.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine Damen und Herren, lassen Sie den Redner bitte seine Ausführungen zu Ende bringen!

Bitte schön, Herr Schulte.

Jochen Schulte, SPD: Ich komme ja jetzt auch zum Ende.

Ich weiß nur nicht, womit ich den Vorpommern mehr einen Gefallen tue: Indem ich sie hier behalte und sie nicht nach Hause kommen oder indem sie nach Vorpommern fahren? Also das können Sie mir in einer ruhigen Minute erklären.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und PDS – Zuruf von Gabriele Schulz, PDS)

Aber um das noch einmal auf den Punkt zu bringen: Wir werden uns den Gesprächen auch mit den Fachpolitikern aus Ihrer Fraktion nicht verweigern.

(Gesine Skrzepski, CDU: Oh, edell)

Aber die Gespräche werden immer unter einer Prämisse stehen, dass der öffentlich-rechtliche Auftrag der Sparkassen in diesem Land nicht angegriffen werden darf. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter.

Es hat noch einmal um das Wort gebeten der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion, der Abgeordnete Rehberg. Bitte schön, Herr Rehberg.

(Heinz Müller, SPD: Wo bleibt Ihr Zwischenruf, Herr Prachtl? Sie wollen doch heim. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Rainer Prachtl, CDU: Ich hoffe, dass er an die Vorpommern denkt!)

Eckhardt Rehberg, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Frau Gramkow, eins zur Klarstellung: Es ging nicht um Arbeitsplätze der Beschäftigten in den Sparkassen. Es ging um die 7.167 Beschäftigten in den zwölf regionalen Sparkassen- und Giroverbänden, in den Sparkassenakademien. Haben wir eine Sparkassenakademie in Mecklenburg-Vorpommern?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nee, eben! – Angelika Gramkow, PDS: Wir haben eine in Potsdam.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Frage ist berechtigt.

(Torsten Koplin, PDS: Das hat doch Frau Gramkow vorhin schon gesagt.)

Wenn ich diese und die 6.400 Beschäftigten in den Rechenzentren zusammenzähle, dann komme ich auf fast 13.500 in dieser Struktur. Und ist dieses alles notwendig? Oder kann man sich da nicht überlegen, wie man halt eben nicht für so viele Beschäftigte Umlagen von den Sparkassen erhebt? Also, Frau Gramkow, dies zur Klarstellung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unser Entschließungsantrag, Herr Schulte, den trägt die gesamte Fraktion mit, alle. Und ich will hier nicht aus dem Nähkästchen plaudern, aber ich bin einer derjenigen in der Fraktion, der ohne Wenn und Aber zum öffentlich-rechtlichen Auftrag der Sparkassen steht, mehr als manch anderer in der Fraktion, mehr als manch anderer.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Rudolf Borchert, SPD: Hört, hört!)

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie nicht einmal bereit sind, einen Auftrag an die Landesregierung zu vergeben, und offenkundig nicht lesen können,

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

denn hier steht, indem insbesondere die nachstehenden Bausteine für ein modernes Sparkassenwesen in Mecklenburg-Vorpommern geprüft und bewertet werden. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Es geht hier gar nicht darum, dass wir etwas beschließen, sondern dass wir die Landesregierung darum bitten, Rahmenbedingungen für eine marktorientierte Weiterentwicklung der Sparkassen im Interesse der Bürger und der Kommunen zu schaffen.

(Jochen Schulte, SPD: Herr Rehberg, Sie müssen doch wissen, dass man Bürgeraufträge erst dann erstellt, wenn man das machen kann. Das sehen Sie doch in Stralsund.)

Und, Herr Kollege Schulte, wir lassen uns von Ihnen in unserem Abstimmverhalten heute zu dieser Novelle des Sparkassengesetzes nicht provozieren, ich jedenfalls nicht. Ich lasse mich da nicht provozieren, auch wenn Sie nicht bereit sind, wirklich die Punkte, die wir aufgeführt haben, zu diskutieren, da kann man ja unterschiedlicher Meinung sein, auch über die Wirkungen, die sich daraus ergeben, zum Beispiel wenn ich bis zu 49 Prozent private Teilhaberschaften zulasse. Aber hier steht auch etwas von anderen Kooperationen. Warum denn nicht gerade für unser Land? Das ist doch von hohem Interesse, Möglichkeiten von Beteiligungen oder Kooperationen zwischen den Genossenschaftsbanken und den Sparkassen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Das steht doch auf der Agenda!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das ist aber heute gar nicht möglich nach unserem Sparkassengesetz. Und diese Fragen nicht aufwerfen zu dürfen

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

und dann zu sagen, wir sind intellektuell nicht in der Lage, Ihnen zu folgen, Herr Kollege Schulte, das sind wir sehr wohl.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das hat der doch nicht gesagt. – Zuruf von Rainer Prachtl, CDU)

Doch, doch, Herr Kollege Schulte. Wissen Sie, was Sie dem Kollegen Riemann hier unterstellt haben, das ist eine Arroganz gegenüber einem Kollegen in diesem Landtag, wie ich es in den letzten 14 Jahren nicht mitbekommen habe.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Ich finde, das ist arrogant, was Sie hier machen. Sie haben gesagt: Sie können mir intellektuell ja wohl nicht folgen. Herr Kollege Schulte, gehen Sie nach der Debatte zum Kollegen Riemann und entschuldigen Sie sich!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Das ist ein Kollege, der seit 14 Jahren hier eine grundsolide und gute Arbeit leistet im Sinne dieses Landes, und das hat er nicht verdient, gerade nicht von Ihnen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das heißt, wenn Sie nicht einmal bereit sind, diesen Entschließungsantrag in den Finanzausschuss zu überweisen, und dann verketten, wir wollen die Beschlussempfehlung auf den Kopf stellen, dann kann ich nur böse Absicht unterstellen. Sie haben gar kein Interesse daran, dass Sie mit uns hier gemeinsam zum Positiven was für die Sparkassen in Mecklenburg-Vorpommern beitragen.

Frau Keler, erstens, ich habe nicht früher als Sie mich in der Öffentlichkeit zum Thema „Sparkasse Stralsund“ geäußert, das ist nachweisbar. Und zweitens habe ich garantiert nicht früher um und über die Probleme der Sparkasse Stralsund gewusst. Bei mir geht nicht der Deutsche Sparkassen- und Giroverein ein und aus, bei mir geht nicht der Ostdeutsche Sparkassen- und Giroverein ein und aus.

(Rudolf Borchert, SPD: Schade!)

Das ist, glaube ich, bei Ihnen im Finanzministerium eher der Fall.

Zweite Bemerkung zum Thema „Fusion Vorpommern-Sparkasse“. Frau Keler, es gibt sehr gute kleine Sparkassen in Mecklenburg-Vorpommern. Ich will mal zwei nennen. Ich glaube, die Müritz-Sparkasse ist relativ gut aufgestellt

(Rudolf Borchert, SPD: Das stimmt.)

und auch die Sparkasse in Mecklenburg-Strelitz ist relativ gut aufgestellt.

(Rudolf Borchert, SPD: Ja.)

Und es gibt nach meiner Kenntnis sehr gute große Sparkassen. Dazu gehört die Ostsee-Sparkasse. Frau Keler, wenn man über Fusionen spricht, gehört Ehrlichkeit dazu. Ehrlichkeit heißt, wenn Sparkassen fusionieren, wird zentralisiert. Und Zentralisation führt zum Arbeitskräfteabbau in der Fläche.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Und die Auswirkungen sind folgende, aktuell in den Landkreisen Ost- und Nordvorpommern, dass die Städte Anklam, Wolgast, Grimmen und Ribnitz-Damgarten Gewerbesteuerverluste haben in den letzten vier Jahren von weit über 1 Million Euro. Das heißt, es ist Arbeitskräfteabbau in der Fläche passiert. Aber ich sage Ihnen ganz offen, das ist zwangsläufig, ansonsten ist man nicht konkurrenzfähig.

Sie haben damals nämlich etwas Ähnliches getan wie Harald Lastovka. Der hat gesagt, Privatisierung deswegen, um die Arbeitsplätze zu halten, und Sie haben damals gesagt, bei der Fusion werden keine Arbeitsplätze abgebaut, da passiert nix. Nein, Fusion heißt Zentralisation, Fusion heißt auch – gucken Sie nach Rügen oder auch in andere Bereiche rein – Schließung von Zweigstellen in der Fläche. Aber natürlich ...

Ich bin gleich am Ende, Herr Präsident.

(Heinz Müller, SPD: Am Ende oder fertig?)

Ich bin am Ende mit meiner Rede, fertig noch lange nicht, Herr Kollege Müller.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ehrlichkeit bei dem ganzen Thema Fusion gehört mit dazu und wir werden natürlich größere neuere Strukturen haben und machen müssen, aber das wird auch dazu führen, auch bei Sparkassen, auch bei Genossenschaftsbanken, dass die Fläche ausgedünnt wird, was Zweigstellen betrifft und was Personal betrifft.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen damit zur Einzelberatung über den von den Fraktionen der PDS und SPD eingebrachten Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern auf Drucksache 4/971. Der Finanzausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Fassung der Beschlussempfehlung auf Drucksache 4/1077 anzunehmen.

Wir kommen zur Einzelabstimmung.

Ich rufe auf in Artikel 1 die Nummer 1 in der Fassung der Beschlussempfehlung.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS auf Drucksache 4/1088 vor, über den ich zunächst abstimmen lasse. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS auf Drucksache 4/1088 einstimmig angenommen.

Wer dem Artikel 1 Nummer 1 in der Fassung der Beschlussempfehlung mit den soeben beschlossenen Änderungen zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist Artikel 1 Nummer 1 in der Fassung der Beschlussempfehlung mit den soeben beschlossenen Änderungen einstimmig angenommen.

Ich rufe auf in Artikel 1 die Nummern 2 sowie die Überschrift in der Fassung der Beschlussempfehlung. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit sind in Artikel 1 die Nummer 2 sowie die Überschrift in der Fassung der Beschlussempfehlung angenommen.

Ich rufe auf den Artikel 2 in der Fassung der Beschlussempfehlung. Wer dem Artikel 2 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist Artikel 2 in der Fassung der Beschlussempfehlung einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/1077 mit den soeben beschlossenen Änderungen zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Gesetzentwurf in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/1077 mit den soeben beschlossenen Änderungen einstimmig angenommen.

Gemäß Paragraph 97 der Geschäftsordnung erhält jetzt das Wort für eine Erklärung Herr Dr. Born, der gleichzeitig namens der Abgeordneten Holznagel, Lochner-Borst, Petters, Vierkant und Ankermann eine Erklärung zum Abstimmungsverhalten hier abgeben wird.

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die genannten Kollegen haben sich gemäß Paragraph 97 unserer Geschäftsordnung der Abstimmung enthalten und machen entsprechend unserer Geschäftsordnung von der Möglichkeit Gebrauch, das hier zu begründen.

Diese Abstimmung steht am Ende eines Gesetzgebungsverfahrens, das von sehr weitreichender Bedeutung für das Land Mecklenburg-Vorpommern ist und in entscheidenden Punkten die von diesem Landtag beschlossenen Regeln für ein ordnungsgemäßes Gesetzgebungsverfahren verletzt und damit auch die Landesverfassung in entscheidenden Punkten missachtet.

Ich begründe das wie folgt: In Artikel 55 Absatz 2 der Landesverfassung heißt es: „Ein Gesetzesbeschluß des Landtages setzt eine Grundsatzberatung und eine Einzelberatung voraus.“ Und zur Einzelberatung gehört, dass die Ausschüsse entsprechend den Aufträgen des Landtages in die Lage versetzt werden, sich mit Gesetzentwür-

fen zu befassen. Es heißt nämlich in Artikel 33 Absatz 2 unserer Landesverfassung: „Die Ausschüsse werden im Rahmen der ihnen vom Landtag erteilten Aufträge tätig. Sie können sich auch unabhängig von Aufträgen mit Angelegenheiten aus ihrem Aufgabengebiet befassen und hierzu dem Landtag Empfehlungen geben.“

Ich stelle fest, dass der Wirtschaftsausschuss des Landtages vom Landtag in der Ersten Lesung beauftragt worden ist, sich mit dem Entwurf des Sparkassengesetzes zu befassen, und dass der Wirtschaftsausschuss daran gehindert worden ist, dieser Aufgabe nachzukommen. Gemäß Paragraph 19 Absatz 2 der Geschäftsordnung heißt es nämlich zur Mitberatung von Ausschüssen: „Werden Vorlagen an mehrere Ausschüsse überwiesen, sollen die beteiligten Ausschüsse mit dem federführenden Ausschuss eine angemessene Frist zur Übermittlung ihrer Stellungnahme vereinbaren. Werden nicht innerhalb der vereinbarten Frist dem federführenden Ausschuss die Stellungnahmen vorgelegt oder kommt eine Vereinbarung über eine Frist nicht zustande, kann der federführende Ausschuss dem Landtag eine Beschlussempfehlung vorgelegen, frühestens jedoch nach vier Ausschusssitzungswochen nach der Überweisung.“

Tatsache ist, dass der Wirtschaftsausschuss versucht hat, sich mit dem Gesetzentwurf der Landesregierung ordnungsgemäß zu befassen, jedoch durch die Mehrheit daran gehindert worden ist, und zwar aus folgendem Grund: Der im Landtag federführende Ausschuss hat beschlossen, eine Anhörung zum Sparkassengesetz durchzuführen, eine Anhörung, wie sich im Nachhinein auch herausgestellt hat, die das Gesetzgebungsverfahren ganz maßgeblich beeinflusst hat.

(Angelika Gramkow, PDS:
Dafür sind Anhörungen da.)

Der mitberatende Ausschuss, der Wirtschaftsausschuss, hat drei Stunden vor Beginn der Anhörung getagt und es sollte eine Beschlussempfehlung gefasst werden, bevor die Anhörung überhaupt begonnen hat.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, so
machen die das immer. – Zuruf von
Minister Dr. Wolfgang Methling)

Daraufhin hat die CDU-Fraktion im Ausschuss darauf hingewiesen, dass dies eine Missachtung der Landesverfassung und der Geschäftsordnung des Landtages darstellt, weil nämlich eine ordnungsgemäße Beratung entsprechend dem Auftrag des Landtages gemäß Artikel 33 Absatz 2 der Landesverfassung gar nicht möglich ist, wenn nicht die Aspekte, die bei der Anhörung zutage treten, berücksichtigt werden können.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Nach einer ausführlichen internen Beratung der Koalitionsfraktionen hat nach einer Sitzungsunterbrechung die Mehrheit dann einen Satz beschlossen, bevor die Anhörung begonnen hatte: „Der Wirtschaftsausschuss er-

hebt keine wirtschaftspolitischen Bedenken gegen den Entwurf.“ Es war übrigens der ursprüngliche Entwurf. Mit dem ganz entscheidend geänderten Entwurf hat sich der Wirtschaftsausschuss zu keinem Zeitpunkt befasset.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir so unsere Gesetzgebungsaufträge wahrnehmen, dann stellen wir uns als Parlament selbst in Frage.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich erkläre ausdrücklich für die genannten Abgeordneten, dass wir uns hiermit nicht gegen den soeben vom Landtag verabschiedeten Gesetzentwurf stellen, sondern dass wir deutlich machen wollen, dass wir es nicht mehr hinnehmen werden, dass Landesverfassung und Geschäftsordnung in so eklatanter Weise missachtet und bewusst ausgehebelt werden. Wir sollten unseren Gesetzgebungsauftrag in Zukunft ernst nehmen. Ich fordere das Hohe Haus auf, dass das in allen Ausschüssen in Zukunft uneingeschränkt passiert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Dr. Born.

In dem Zusammenhang muss ich auf Paragraph 97, der Erklärung zur Abstimmung gemäß unserer Geschäftsordnung hinweisen. In der Ankündigung zu der Erklärung von Ihnen ist mir ein Geschäftsordnungsfehler unterlaufen, denn im Absatz 1 heißt es: „Jedes Mitglied des Landtages darf erklären, dass und warum es sich der Abstimmung enthalten hat.“ Wir halten das jetzt als Ihre Erklärung fest. Es muss also jeder selber erklären. Es gab dazu schon mal ein Verfahren zur Auslegung der Geschäftsordnung. Wir müssen das hier ja auch praktikabel halten. Von daher frage ich jetzt die anderen Abgeordneten, die an der Abstimmung nicht teilgenommen haben, ob es von Ihnen noch den Wunsch gibt, hier ebenfalls eine Erklärung abzugeben? – Das ist nicht der Fall. Danke schön.

Damit kommen wir jetzt zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1089, der eine Entschließung beinhaltet. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimm Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1089 bei Zustimmung durch die Fraktion der CDU und Ablehnung durch die Fraktionen der SPD und PDS abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der Tagesordnung der 34. Sitzung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Mittwoch, den 31. März 2004, 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 15.25 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Martin Brick, Mathias Brodkorb, Wolf-Dieter Ringguth, Karin Strenz, Angelika Volland, Alexa Wien und Dr. Gerd Zielenkiewitz.